

Das Milliardenenspiel auf Kosten der Allgemeinheit

Eine neue Rettungsrunde ist eingeleitet. Es sieht danach aus, dass schlechtem Geld noch einmal gutes hinterher geworfen wird

Im Zusammenhang mit der Olympia-Bewerbung haben wir uns ja an den Umgang mit Milliarden gewöhnt. Dass Finanzminister Schäuble am Abend der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses bei Günther Jauch dazu anmerkte, „dass der Bund ja Hamburg zwar unterstützt hätte, aber nicht in dem Maß, in dem Hamburg sich das vorgestellt hat“, offenbart eher eine gewisse Tragik in Hinblick auf die Finanzsituation Hamburgs. Insofern werden vielleicht in schon gar nicht so langer Zeit die Befürworter_innen von Olympia den Gegner_innen danken, dass hier angesichts der Dauerkrise der HSH ein weiteres Finanzdesaster abgewendet werden konnte.

Das HSH-Debakel verlangt in den nächsten Monaten, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, denen in etwa zu gleichen Teilen 85 Prozent der Bank gehören, die Forderungen übernehmen, die als sogenannte ausfallgefährdete Kredite gelten. Angelsächsisch, das hört sich geschmeidiger an, *Non-performing-Loans* (NPLs) genannt, umgangssprachlich sogenannte ‚faule‘ Kredite, die die Bank vergeben hat, von denen sie aber nicht weiß, ob und wie viel in der Zukunft davon noch zu retten sind. Nach eigenen Angaben handelt es sich dabei um die stattliche Summe von 15 Milliarden. Ein weiteres Desaster im Zusammenhang mit der HSH-Nordbank bahnt sich also nicht nur an, sondern ist bereits eingetreten. Nur die Dimension ist noch nicht

klar. Dass dies in den Medien in den letzten Wochen eher untergegangen ist, liegt zweifelsohne an den weltpolitischen Ereignissen, die die Menschen in Atem gehalten haben.

Unmittelbar vor den Ereignissen in Paris gab die europäische Wettbewerbsbehörde bekannt, dass die HSH von den 15 Milliarden ‚fauler‘ Kredite 8 Milliarden abzustoßen habe. Davon dürften 1,8 Milliarden auf dem ‚freien Markt‘ veräußert werden, den Rest müssten die Anteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein in eine so genannte ‚bad bank‘ auslagern. Nur so sei das momentane Überleben der Bank möglich. Wenn die Rettung gelingen solle, so die zweite Auflage, müsse die Bank in zwei Jahren verkauft werden. Dass die europäischen Wettbewerbsbehörden überhaupt einschreiten mussten, liegt u.a. an den ho-

hen Staatsbürgschaften, die den Wettbewerb unter den Banken verzerren.

Konkret heißt das: die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bringen aktuell Gesetzesentwürfe in ihre Parlamente ein, die die Gründung eines speziellen Finanzinstituts ermöglichen, das einzig und allein dazu geschaffen ist, diese von der Bankenaufsicht und EU-Kommission als unsicher eingeschätzten Forderungen zu kaufen. Dies zwar zum Marktwert, aber wenn gar kein Markt dafür existiert, weil es keine Käufer gibt, die diese Schrottpapiere haben wollen, dann läuft es darauf hinaus, dass Hamburg und Schleswig-Holstein diese Summe aufbringen müssen. Für den Fall, dass es etwas billiger geht, deckt die Bürgschaft der beiden Länder über 10 Milliarden aller damit verbundenen Risiken für

Was das mit uns zu tun hat

Ein kleines Zahlenspiel, das die Dimension der Risiken verdeutlicht: Die GEW fordert für die Durchführung der Inklusion auf der Basis der Personalausstattung, wie sie vormalig in den sogenannten Integrationsklassen und Integrativen Regelklassen bestand, 500 Stellen mehr. Unserer Forderung, dass kein Lehrer und keine Lehrerin mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte, kämen wir ein ganzes Stück näher, wenn man dann noch einmal 500 Lehrkräfte mehr einstellen würde. Diese somit 1000 Stellen würden den Staatshaushalt jährlich mit 62 Millionen zusätzlich belasten, weil eine Stelle mit ca. 62 000 Euro angesetzt werden kann. Bei der HSH geht es um 6,2 Milliarden. Die Relation zwischen Millionen und Milliarden beschreibt der Faktor 1000. M.a.W.: die Finanzierung von 1000 Lehrer_innenstellen wäre damit auf 1000 Jahre (!) gesichert, na, sagen wir auf 500, da die Schleswig-Holsteiner ja mit der anderen Hälfte in der Sache drin hängen.

die Bank ab. Einziges Glück bei dieser Operation: Die Zinsen sind extrem niedrig. Trotzdem, die Staatsverschuldung steigt um diesen Betrag, der dafür aufgebracht werden muss – in einem Schattenhaushalt. Dies verhindert auch nicht diese Art der ‚ kreativen Buchführung‘, die man vor gar nicht langer Zeit den Griechen als unseriös vorgeworfen hatte. Die Zinsen, auch wenn sie zurzeit gering sind, verringern aber in jedem Fall den zukünftigen Finanzierungsspielraum des Staates; von der Tilgung der Kredite in diesem Ausmaß ganz zu schweigen.

Dass schließlich ein Großteil dieser als unsicher geltenden Forderungen früher oder später abgeschrieben werden können, ist nicht einem Galgenhumor geschuldet, sondern dies belegen die aktuellen ökonomischen Daten. Bei diesen Forderungen handelt es sich um Schiffsforderungen, die deswegen zunehmend risikoreicher geworden sind, weil die gesamte Schifffahrtsbranche nach Jahren guter Geschäfte seit geraumer Zeit in schwere See geraten ist. So steht manchem Reeder das Wasser bis zum Hals, weil man in den fetten Jahren geglaubt hat, es ginge immer so weiter. Und so rasten

bad bank

Der Begriff stammt nicht von der Duck'schen Panzerknacker-Bande angewandt auf Banken, bei denen nichts zu holen ist, sondern wurde erstmals von den Medien als Begriff kreiert, als es in Schweden in den frühen 1990er Jahren um Banken ging, die vor dem Bankrott standen. Auf das Bad-Bank-Konzept wurde auch im Verlauf der Finanzkrise ab 2007 unter anderem von Deutschland und den USA zurückgegriffen. Zuvor war es 2001 bei der Berliner Bankgesellschaft angewendet worden. Nach dem gleichen Muster, wie es jetzt für die HSH vorgesehen ist, wurden notleidende Kredite vom Staat aufgekauft. In Schweden ging alles gut aus, weil die meisten dieser Kredite Baufinanzierungen waren und sich die Preise auf dem Immobilienmarkt erholten. Dass Schiffe trotz Rost im Zeitverlauf im Wert wieder steigen, wäre erstaunlich. JG

viele von ihnen, wie es die Geschichte schon so oft gezeigt hat, dem Abgrund entgegen, indem sie unabgesprochen, wie es ja auch in einer Marktwirtschaft sein soll, sich neue, größere Schiffe gekauft haben; vorausgesetzt, sie fanden jemanden, der das finanzierte. Umsichtige Ökonomen warnen vor diesem Effekt und sprechen in diesem Zusammenhang vom Schweinezyklus, einem sich im Zeitablauf vollziehenden nicht mehr in Übereinstimmung zu bringenden Wechsel zwischen Angebot und Nachfrage, den man schon seit über hundert Jahren am Schweinefleischmarkt besonders deutlich ausmachen konnte. Dem

einzelnen Investor kann man da weniger einen Vorwurf machen, weil er sich primär an den auf den eigenen Betrieb bezogenen Zahlen orientiert, obwohl man eigentlich auch hier einen gewissen ökonomischen Sachverstand voraussetzen müsste. Für einen Bankvorstand, der eine volkswirtschaftliche Abteilung hinter sich weiß, ist es wahrlich ein Armutzeugnis, wenn er diese Risiken nicht erkennt. Da bleibt nur noch die Gier oder der Druck, eine hohe Rendite erzielen zu müssen, als Motiv.

Zu allem Überflus dürfte die HSH-Banker wie Politiker noch etwas anderes dieser Tage in Aufregung versetzt haben. Die



Quelle: NBWaechter, 23.11.2015

Innerhalb von drei Wochen um 70 Prozent gesunken; dieser Absturz der Container-Frachtraten lässt sich auch nicht durch die gefallenen Treibstoffkosten kompensieren

ohnehin auf einem historischen Tief befindlichen Frachtraten im Containerschiffbereich sind binnen drei Wochen um 70 (!) Prozent eingebrochen (s. Grafik; die Frachtraten für Massengüter erleiden zurzeit ein ähnliches Schicksal). Zusammen mit dem Rückgang des globalen Handels aufgrund der geringeren Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft bricht das so manchem Reeder das Genick, heißt: die ausfallgefährdeten Kredite werden zu uneinbringlichen und sind damit abzuschreiben. Man kann auch sagen: Das Geld ist

Insgesamt 2,5 Milliarden. Das war zuviel. Die aktuellen Vorgaben der dänischen EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager schaffen hier von 400 auf 100 Millionen eine deutliche Entlastung. Alles in der Hoffnung, dass die Bank auf die Beine kommt und sie dann bis 2018 verkauft werden kann. Erst wenn dies realisiert ist, wird man den wahren Schaden ermitteln können. D.h., das Thema bleibt uns erhalten.

Bis dahin allerdings ist es alles andere als klar, ob nicht weitere Risiken die Bank in den Abgrund

mingeschäfte auf Weizen, Soja etc. Es wird versprochen, diese Waren zu einem bestimmten Termin zu einem festgelegten Preis zu kaufen. Liegt dann der jeweilige aktuelle Preis am festgelegten Termin unter dem vertraglich vereinbarten, wird Gewinn realisiert; umgekehrt Verlust. Dieser Art von Geschäften kann man einen gewissen Sinn abgewinnen, weil damit bei Vertragsabschluss die Bauern bereits vor der Ernte mit einem festen Betrag rechnen können, mit dem sie das Saatgut für die kommende Saison kaufen können. Mittlerweile spekuliert man aber letztlich mit allem, was einen schwankenden Marktwert hat. Selbst auf die zitierten Frachtraten wird gewettet. Der Mechanismus ist immer derselbe, die Risiken sind quasi wählbar, weil je nach Stärke der zu erwartenden Ausschläge unterschiedliche Risiken eingegangen werden können. Und selbst wenn die Wetten gut ausgehen sollten, so besteht noch ein weiteres Risiko: der Wechselkurs zum Dollar. Die einzulösenden Beträge bei derlei Wetten sind in ihrer überwiegenden Zahl in Dollar zu zahlen. Wenn der Kurs hoch ist, müssen entsprechend mehr Euro aufgewendet werden, um diese zu kaufen. Dass hier bedeutende Risiken lauern – der Dollarkurs ist ja bekanntlich gegenüber dem Euro auf einem Dauerhoch –, verschweigt selbst der Geschäftsbericht der Bank von 2014 nicht: „Die wesentlichen Risikokonzentrationen der HSH Nordbank lagen Ende 2014 zu einen in den Schiffskreditportfolios der Kernbank und der Restructuring Unit (damit sind die hohen Gebühren für die Staatsbürgschaften gemeint, JG) mit einem Anteil von 23% am Gesamtportfolio, zum anderen im US-Dollar-Geschäft mit einem entsprechenden Anteil von 34%.“ (S. 42)

Um es zusammenzufassen: Es geht nicht allein um die bis zu 6,2 Milliarden, die Schleswig-

Kurz vor uneinbringlich...

Notleidende Kredite, die HSH selbst nennt sie ausfallgefährdete Kredite (auch Non-performing Loans-NPLs, Problemkredite, toxische Kredite oder umgangssprachlich faule Kredite) sind Kredite, bei denen die Rückzahlung ungewiss ist. In Deutschland werden hierunter sowohl wertberichtigte Kredite als auch in Zahlungsverzug geratene Kredite bezeichnet. Eine offizielle deutsche Definition des Begriffes existiert nicht. Die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) definiert einen Kredit seit dem Jahr 2009 als notleidend, wenn dieser in Verzug geraten ist oder wertberichtigt wurde.

weg! Ein Großteil dieser nun in den nächsten Monaten von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein zu kaufenden und dann in der ‚bad bank‘ ‚einzelagernden‘ ausfallgefährdeten Kredite dürften dieses Schicksal erleiden.

Doch der Risiken nicht genug. Damit die Bank aktuell überhaupt Neugeschäfte tätigen kann, braucht sie einen bestimmten Anteil Eigenkapital. Das ist aber knapp, weil man seit der allgemeinen Finanzkrise im Jahr 2008/9 zum Ausgleich der über vier Milliarden hohen Verluste eine Kapitalspritze von drei Milliarden von den Ländern bekam und darüber hinaus erst 10, dann 7 Milliarden und dann wieder 10 Milliarden Staatsbürgschaften in Anspruch nehmen musste, um überhaupt weiter existieren zu können. Dafür mussten ordentlich Zahlungen geleistet werden.

ziehen. Die Ratingagenturen sprechen schon von Ramschniveau, weil selbst nach der Herausnahme der notleidenden Kredite in die ‚bad bank‘ noch immer – so die Einschätzung der Ratingagentur Fitch – mehr als 10 Prozent der restlichen Forderungen als unsicher gelten. Die HSH ist nämlich keine Bank, die allein davon lebt, dass sie Geld zu einem höheren Zins verleiht als sie es umgekehrt von Gläubigern zur Verfügung gestellt bekommt, sondern sie ist ein Finanzunternehmen, das von der Spekulation profitieren möchte. So werden mit dem Geld der Gläubiger – allen voran dem Staat – bspw. sogenannte Futures, für die es vielerlei andere blumige Namen gibt, gekauft. Das sind Wetten, die sich im besten Fall noch auf tatsächlich vorhandene Produkte beziehen, wie bspw. die klassischen Warenter-

Holstein und Hamburg bis Mitte des nächsten Jahres aufzubringen haben und für die die parlamentarischen Hürden für ein diesbezügliches Gesetz genommen werden müssen. (Eine Abwicklungsanstalt öffentlichen Rechts namens HSH Portfoliomanagement AÖR soll noch in diesem Jahr mit Sitz in Kiel gegründet werden.) Darüber hinaus kann es sein, dass von der 10 Milliarden Bürgerschaft, die die beiden Länder zu übernehmen bereit waren, einiges (im Extremfall alles) in Anspruch genommen werden muss. Wenn diese Bürgschaften risikofrei wären, bräuchte man sie ja nicht zu geben. Um einmal die Dimension dieser ‚Hilfen‘ deutlich zu machen: Der Hamburger Haushalt weist dieses Jahr gut 13 Milliarden auf, die Bilanzsumme der HSH, das ist die Summe, die insgesamt verliehen wurde oder mit der spekuliert wird, beträgt mehr als 112 Milliarden. Wenn also Olaf Scholz zu diesem Debakel meint, die HSH-Nordbank sei nunmehr wie die Elbphilharmonie keine lebensgefährliche Bedrohung für den Stadtstaat, sondern nur noch ein Grund zum Ärgern, dann ist diese Aussage entweder naiv oder er will der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Andererseits: Was hätte er auch anderes sagen können? Der Patient sei bereits tot, wär‘ vielleicht angemessener gewesen, bloß hätte ihm dann möglicherweise ein ähnliches Schicksal gedroht, wie es einst dem Deutsche Bank Vorstand Breuer in Sachen Leo Kirch widerfuhr, der – man er-

Auch das noch

Jetzt wird auch noch ein Bußgeld von 22,5 Millionen fällig, weil die frühere HSH-Filiale in Luxemburg reichen Kunden geholfen hatte, ihr Vermögen in Briefkastenfirmen vor dem deutschen Fiskus zu verstecken.

Apropos Risiken

Die Stadt Hamburg ist bei der größten deutschen Reederei Hapag-Lloyd nach dem jüngsten Börsengang immer noch mit 21 Prozent beteiligt. Die weltgrößte dänische Reederei Maersk, die in der Vergangenheit – im Gegensatz zu Hapag-Lloyd – sehr erfolgreich war, gab dieser Tage eine Gewinnwarnung heraus. Dass Hapag-Lloyd die schwere See besser übersteht, ist eher unwahrscheinlich. Und wenn es um die ganz großen Risiken geht, dann darf das gerade in diesem Jahr ans Netz gegangene Kohlekraftwerk Moorburg nicht unerwähnt bleiben. Das darf wegen der hohen Emissionen und der Zufuhr von Kühlwasser aus der Elbe, was dazu führt, dass durch das Abwasser der Fluss zu stark aufgeheizt wird, nur weit unter der Kapazitätsgrenze Strom produzieren. Die Rechnung für den dadurch ausfallenden Gewinn wird sicherlich dem Staat präsentiert.

innert sich – mit einer ähnlichen Äußerung eine Lawine losgetreten hatte, die das Medienimperium in ganz kurzer Zeit zum Einsturz gebracht hatte. Wie wir wissen, ist das der Deutschen Bank teuer zu stehen gekommen. M.a.W., Scholz blieb nichts anderes übrig als abzuwägen. Was das Ganze die Allgemeinheit kostet, wird endgültig erst dann feststehen, wenn die Bank 2018 verkauft wird.

Wer ist eigentlich verantwortlich für das Debakel? Sicherlich viele, aber einer sticht dann doch heraus. Es ist der jetzige Vorstandsvorsitzende Constantin von Oesterreich. Der war nämlich 2009 als so genannter Chief Risk Officer (CRO) in den Vorstand der HSH berufen worden. Da fragt man sich doch, was von der Kompetenz dieses Mannes zu halten ist, wenn er die beschriebenen Risiken – Altlasten hin oder her - so systematisch falsch eingeschätzt hat. Ergänzend ist in diesem Zusammenhang noch anzumerken, dass es sich bei den nun in die ‚bad bank‘ einzulagernden 6,2 Milliarden zu einem nicht unbedeutenden Teil um so genannte nachrangige Forderungen handelt (engl. *junior debt* oder *subordinated loans*). Die vergibt man an Schuldner, die keine erstklassigen Kredite mehr in Anspruch nehmen können, weil sie das Tafelsilber schon

verpfändet haben. Dafür erzielt man dann zwar einen höheren Zins, handelt sich aber eben auch ein entsprechendes höheres Risiko ein. Im Falle der Insolvenz eines Schuldners werden vorab viele andere Gläubiger bedient. Bis man dann nachrangig behandelt wird, ist meist nichts mehr da. Für all diese Geschäfte war also der jetzige Vorstandsvorsitzende verantwortlich. Von außen betrachtet hat man da den Bock zum Gärtner gemacht!

Die Leidtragenden dieser verfehlten Geschäftspolitik waren und sind erst einmal die Beschäftigten. Von einst über 5000 Mitarbeiter_innen musste bereits die Hälfte gehen. Ein weiterer Sanierungsplan sieht den Abbau von noch einmal 500 Mitarbeiter_innen vor. Wie hoch der Anteil der Führungskräfte daran ist, ist nicht vermerkt.

Die Betrogenen in dieser ganzen Misere sind wir alle, weil es ‚unser‘ Geld ist, das dort verbrannt wird. Dass es immer diejenigen am härtesten trifft, die auf der untersten Stufe der Einkommensleiter stehen, muss ich in dieser Zeitung nicht extra erwähnen, aber Phantasien entwickeln, was man mit dem Geld alles hätte anstellen können, um die weitere soziale Spaltung in dieser Stadt aufzuhalten, muss erlaubt sein.

JOACHIM GEFFERS